

Antworten der CDU Sachsen-Anhalt auf die BDM-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

- 1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?**
- 2. Der BDM e.V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?**

Unsere Agrarpolitik ist darauf ausgerichtet, Zukunftschancen der landwirtschaftlichen Unternehmen in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Die Landwirtschaft ist multifunktional und leistet einen erheblichen Beitrag nicht nur zum Erhalt der Kulturlandschaften, sondern auch für Klima-, Natur- und Artenschutz.

Grundsätzlich erfolgt die Preisbildung am Markt. Die Politik kann dauerhaft lediglich Rahmenbedingungen setzen. Maßnahmen zur Marktunterstützung sollten daher nur zeitlich begrenzt sein und bei erheblichen Marktstörungen greifen. Es ist richtig, dass die EU und der Bund daher Mittel zur Verfügung gestellt haben. Die vorhandenen Strafabgaben sollten ebenfalls für die Verbesserung der Situation der Milchviehhalter verwendet werden.

Das Problem bleibt die hohe Milchmenge, die derzeit produziert wird. Um der derzeitigen Krise entgegen zu steuern, muss die Position der Erzeuger gestärkt werden. Milchviehbetriebe brauchen Planungssicherheit. Alte Kontrakte müssen überprüft und neu gestaltet werden, sodass die Andienungspflicht entfällt.

Überlegt werden sollte auch, wie man den Milchbauern es ermöglicht, ihre Preise abzusichern. Hier bestehen bereits Ansätze, beispielsweise ähnlich wie in Frankreich über differenzierte Preise vorzugehen.

Außerdem sollte die steuerliche Risikoausgleichszulage erhöht werden. Es ist darüber hinaus zu prüfen, ob das Land /der Bund bei Liquiditätsengpässen als Bürge eintritt. Darüber hinaus bietet das Land Sachsen-Anhalt für Unternehmen in Notsituationen an, dass der Landwirt sein Land erst einmal bei der Landgesellschaft verkaufen und dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurück erwerben kann.

- 3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?**

Grundsätzlich ist ein Preisniveau von über 35 Cent wünschenswert und aufgrund der hohen Aufwendungen und gegebenen Kosten bei der Produktion von Milch anzustreben.

- 4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Markt Machtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?**

Tatsächlich sollte die Stellung der Milchviehhalter gestärkt werden. Eine Verbesserung kann erreicht werden über das Anbieten von langfristigen Perspektiven bzw. sicheren Kontrakten für die Milchviehhalter. Die Erzeugerorganisationen sollten daher gestärkt werden und die Mengen damit gebündelt.

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik – Halbzeitbewertung 2017

- 1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?**

Wir sind für eine vielfältige Landwirtschaft. Die Förderung der ersten Hektare stellt eine Hilfe für kleinere und mittlere Unternehmen und auch für Existenzgründer dar. Wir haben allerdings im Land auch viele größere Unternehmen, die nicht komplett schlechter gestellt werden sollten bzw. nicht deutlich ungleich behandelt werden.

- 2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?**

Der Anteil in der 1. Säule ist zu Lasten der 2. Säule kontinuierlich gesunken. Die 2. Säule unterstützt Landwirte, die die gesetzlichen Anforderungen deutlich überschreiten und auf Gewinne ansonsten verzichten müssen.

- 3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?**

Wir sind für den Erhalt der 1. Säule in der Gemeinsamen Agrarpolitik und damit für die Beibehaltung der Direktzahlungen.

- 4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor der Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?**

Oberstes Ziel muss der Erhalt bzw. der Ausbau von Arbeitsplätzen sein. Dies ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke im Land.

III. Freihandelsabkommen (CETA, TTIPP u.a.)

1. Wie steht Ihre Partei zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beziehungsweise auch mit anderen Ländern?

Freihandelszonen und –abkommen bedeuten mehr Handel und damit auch mehr Wachstum. Zölle und Handelsbarrieren für Waren und Dienstleistungen sollen möglichst wegfallen. Im Bereich von Gesundheit, Lebensmitteln und Verbraucherschutz sollen dabei die hohen EU-Standards erhalten bleiben. Das Freihandelsabkommen TTIPP bietet daher große Chancen, da es Zölle und unnötige Bürokratie verringert.

2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

Die Landwirtschaft stellt immer noch einen besonderen Wirtschaftsbereich dar, da die Ernährungssicherheit als staatliches Ziel immer noch vorrangig ist und einhergeht mit hoher staatlicher Reglementierung. Uns erschließt sich der Vorteil der Ausklammerung nicht.

IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Die Düngeverordnung muss europarechtskonform umgesetzt werden. Wir stehen zur 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben. Wir wollen Düngemittel- und Pflanzenschutzrecht so umsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Unternehmen erhalten bleibt.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Wir wollen einen zeitgemäßen und verbesserten Verbraucherschutz. Als CDU orientieren wir uns am Leitbild des mündigen und verantwortungsvollen Verbrauchers. Die Produktion von gesunden, unbelasteten Nahrungsmitteln steht im Mittelpunkt. Daher ist eine bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln notwendig, die den Käufer in die Lage versetzt, seine Entscheidung als Konsument sehr bewusst zu treffen. Daher sehen wir auch eine Kennzeichnung beispielsweise über die Verwendung gentechnischer Verfahren usw. als sinnvoll an.

3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?

Wir haben im Land in dieser Wahlperiode viele Initiativen ergriffen, um den Tierschutz in Sachsen-Anhalt zu verbessern und werden uns auch weiterhin für eine art-, umwelt- und tiergerechte Haltung einsetzen. Wichtig ist dabei, dass die Verbesserung der Haltungsbedingungen wissenschaftlich gestützt erfolgt und im Dialog mit den Landwirten und Veterinären im Land. Höhere gesetzliche Auflagen im Tierschutzbereich müssen am Markt erlöst werden können.